

Der Begriff der „produktiven Kräfte“ bei Friedrich List und das heutige Entwicklungsproblem

Von Hans Jürgen Jaksch, Tübingen

1. In Lists Hauptwerk, dem „Nationalen System der politischen Ökonomie“ [5], wird die Ausbildung der produktiven Kräfte einer Volkswirtschaft als das umfassende Ziel der Wirtschaftspolitik bezeichnet. Die Förderung der nationalen Arbeitsteilung durch den Eisenbahnbau und die Beschränkung der internationalen Arbeitsteilung durch die Einführung von Erziehungszöllen für die in den Kinderschuhen steckende Industrie, beides weithin bekannte Vorschläge Lists, sind Mittel zu diesem Zweck. Hier sei die Frage aufgeworfen, welche Vorstellungen List mit der Entwicklung der produktiven Kräfte verbunden hat. Außerdem sei untersucht, ob die daraus folgenden Erkenntnisse auf Volkswirtschaften angewandt werden können, die man heute gemeinhin als Entwicklungsländer bezeichnet. Die Tatsache, daß List selbst diese Länder aus seinen Untersuchungen weitgehend ausgenommen hat (vgl. etwa [5], S. 185), dürfte kein schlüssiges Gegenargument gegen dieses Vorgehen sein, da er die Entwicklung in vielen dieser Länder, die seit der Abfassung seines Werkes eingetreten ist, nicht hat voraussehen können.

2. List nennt das zwölfte Kapitel seines Werkes, das das zweite Kapitel des theoretischen Teils ist, „Die Theorie der produktiven Kräfte und die Theorie der Werte“. Hier stellt er seine eigenen Thesen den Ausführungen der englischen Klassiker gegenüber und beginnt mit den folgenden Worten:

„Adam Smiths berühmtes Werk führt den Titel: ‚Über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen.‘ Damit hat der Stifter der herrschenden Schule richtig den doppelten Gesichtspunkt angegeben, aus welchem die Ökonomie der Nationen wie der einzelnen Privaten zu betrachten ist. Die *Ursachen des Reichtums* sind etwas ganz anderes als der *Reichtum selbst*. Ein Individuum kann Reichtum, d. h. Tauschwerte besitzen, wenn es aber nicht die Kraft besitzt, mehr wertvolle Gegenstände zu schaffen als es konsumiert, so verarmt es.

Ein Individuum kann arm sein, wenn es aber die Kraft besitzt, eine größere Summe von wertvollen Gegenständen zu schaffen als es konsumiert, so wird es reich“ ([5], S. 143/44; Hervorhebungen im Original).

Auch *Smith* habe erkannt, welche Bedeutung den produktiven Kräften zukomme, wenn er sein Werk mit dem folgenden Satz einleitet ([9], S. 3):

„Die Arbeit sei die Quelle, aus welcher jede Nation ihre Reichtümer schöpfe, und die Vermehrung der Reichtümer hänge größtenteils ab von der *produktiven Kraft* der Arbeit, nämlich von dem Grad der Kenntnisse, der Geschicklichkeit und der Zweckmäßigkeit, womit die Arbeit der Nation verwendet werde, und von dem Verhältnis zwischen der Zahl der produktiv Beschäftigten und der Zahl der nicht Produktiven.“ ([5], S. 144, Hervorhebungen im Original.) *Smith* habe diese Idee jedoch nicht aufgenommen, sondern sei „von seiner eigenen großen Entdeckung ‚*Teilung der Arbeit*‘ zu sehr beherrscht“ gewesen, „um die Idee ‚produktive Kraft‘ zu verfolgen“ ([5], S. 145; Hervorhebung im Original).

Weiterhin folgt bei List ein Beispiel, um seine Theorie der produktiven Kräfte gegen die *Smith* zugeschriebene „Theorie der (Tausch-)Werte“ abzugrenzen: „Wenn von zwei Familienvätern, die zugleich Gutsbesitzer sind, jeder jährlich 1 000 Taler erspart und jeder fünf Söhne besitzt, der eine aber seine Ersparnisse an Zinsen legt und seine Söhne zu harter Arbeit anhält, während der andere seine Ersparnisse dazu verwendet, zwei seiner Söhne zu rationellen Landwirten auszubilden, die drei übrigen aber je nach ihren besonderen Fähigkeiten Gewerbe erlernen läßt, so handelt jener nach der Theorie der Werte, dieser nach der Theorie der produktiven Kräfte. Bei seinem Tode mag jener an Tauschwert weit reicher sein als dieser, anders aber verhält es sich mit den produktiven Kräften. Der Grundbesitz des einen wird in zwei Teile geteilt werden, und jeder Teil wird mit Hilfe einer verbesserten Wirtschaft so viel Reinertrag gewähren wie zuvor das Ganze, während die übrigen drei Söhne in ihren Geschicklichkeiten Nahrungsquellen erworben haben. Der Grundbesitz des anderen wird in fünf Teile geteilt werden, und jeder Teil wird ebenso schlecht bewirtschaftet werden wie früher das Ganze. In der einen Familie wird eine Masse verschiedenartiger Geisteskräfte und Talente geweckt und ausgebildet werden, die sich von Generation zu Generation vermehren; jede folgende Generation wird mehr Kraft besitzen, materiellen Reichtum zu erwerben als die vorangegangenen, während in der anderen Familie die Dummheit und Armut in der Verminderung der Anteile am Grundbesitz steigen muß“ ([5], S. 147/48).

Versuchen wir, Lists Theorie der produktiven Kräfte zusammenzufassen und in der Sprache der heutigen Wirtschaftstheorie darzustellen. Dann kommen wir etwa zu der folgenden Aussage:

Entwicklungspolitik besteht in der zweckmäßigen Gestaltung der Ursachen und Bedingungen für das Wachstum einer Volkswirtschaft. Wird statt dieser Förderung sozusagen der direkte Weg eingeschlagen und statt der Ursachen des Wohlstandes nur der Wohlstand selbst gefördert, so wird es im allgemeinen zu keiner anhaltenden Wohlstandssteigerung kommen können.

Um eine Analogie aus der Mathematik zu verwenden: Die Lösung eines Extremalproblems mit Nebenbedingungen hängt von den Parametern ab, die in den Extremanden und die Nebenbedingungen eingehen. Das Aufsuchen des Extremums bei gegebenen Parametern entspricht dem Problem der Theorie der Werte, die Umgestaltung der Parameter derart, daß ein Extremum Extremorum bestimmt werden kann, der Theorie der produktiven Kräfte.

3. Von Lists wirtschaftspolitischen Empfehlungen für das Deutschland seiner Zeit sind zwei auch außerhalb der Wissenschaft am bekanntesten geworden: sein Eintreten für Erziehungszölle zum Schutz der in den Kinderschuhen steckenden deutschen Industrie und seine Empfehlungen zum Bau von Eisenbahnen. Fragen wir, inwieweit durch beides die „produktiven Kräfte“ der deutschen Volkswirtschaft hätten gestärkt werden können.

Der Eisenbahnbau, überhaupt die Entwicklung des Transportwesens, gehört zu den Investitionen in die heute so genannte Infrastruktur. Zwar wurde sie im vorigen Jahrhundert vornehmlich dem privaten Unternehmer überlassen, und List hat sich in den Vereinigten Staaten von Amerika selbst an der Finanzierung solcher Investitionen beteiligt (vgl. [1], S. 153), sie ist aber heute im allgemeinen wenigstens staatlicher Kontrolle unterworfen. Aber abgesehen davon, ob die Entwicklung des Transportwesens überhaupt Privaten überlassen werden sollte, bleibt zu fragen, inwieweit sein Ausbau die „produktiven Kräfte“ der Nation fördert.

Die Antwort ist einfach: Die Wirtschaftswissenschaft ist mindestens seit *Smith* die Wissenschaft von der Arbeitsteilung. Transportkosten hemmen jedoch die Ausbildung der Arbeitsteilung. Eine Senkung der Transportkosten bewirkt also stets eine Vergrößerung der Produktivität durch eine bessere Ausnutzung der Arbeitsteilung (vgl. [6], S. 72 ff.).

Der Eisenbahnbau begünstigt daher die Ausnutzung der Ressourcen einer Volkswirtschaft. Die Verteilung des Produkts ist unproblematisch, solange man davon ausgeht, daß die politische Führung durch

eine gerechte Besteuerung und durch Unterstützung der Bedürftigen dafür sorgt, daß das Ergebnis der Arbeitsteilung gerecht verteilt wird. Was gerecht ist, wird durch eine politische Entscheidung bestimmt.

Anders jedoch im internationalen Handel. Hier gibt es keine übergeordnete Instanz, die den Gewinn aus der internationalen Arbeitsteilung nach übergeordneten Gesichtspunkten umverteilen kann; vielmehr wird dieser Gewinn von der berühmten „unsichtbaren Hand“ *Smiths* verteilt. Man kann zwar nachweisen, daß alle aus dem Freihandel in dem Sinn gewinnen, daß ein größeres Produkt zur Verteilung gelangt als bei der Existenz von Handelsschranken, nicht aber, daß sich alle Nationen besser stellen, wenn es keine Beschränkungen des Handels gäbe. (Die heutige Entwicklungshilfe mag als ein schwacher Versuch zur Umverteilung des Gewinns aus der internationalen Arbeitsteilung angesehen werden.) Im Gegenteil, geht man davon aus, daß Nationen am internationalen Handel teilnehmen, die über einen gut ausgebildeten Vorrat an produzierten Produktionsmitteln oder, allgemeiner, an produktiven Kräften verfügen, und andere, in denen dieser Vorrat kaum ausgebildet ist, so werden die ersteren den ganzen Gewinn aus dem internationalen Handel einstreichen. Nicht nur das: Die Ausbildung von Industrien oder, wieder allgemeiner, produktiven Kräften wird in den unterentwickelten Volkswirtschaften gehemmt, so daß sie niemals den erstrebten Zustand erlangen können, der ihnen gestattet, auch aus dem internationalen Handel zu gewinnen. (Die oben apostrophierte Entwicklungshilfe kann diesen Zustand noch verschlimmern, wenn sie nämlich die Herausbildung der produktiven Kräfte eher hemmt als fördert.)

Hieraus folgt, daß die internationale Arbeitsteilung unter Umständen beschränkt werden muß, solange die anderen Nationen ihre produzierten Produktionsmittel oder, allgemeiner, ihre produktiven Kräfte nicht ausgebildet haben. Ist das aber der Fall, und spielt sich der internationale Handel unter mehr oder weniger gleich entwickelten Volkswirtschaften ab, so ist mit dem Freihandel eine einigermaßen gerechte Verteilung des Gewinns verbunden. Deswegen wird auch List die These „Durch Schutzzoll zum Freihandel“ zugeschrieben, und das Motto seines „Nationalen Systems“ lautet „Et la patrie et l'humanité“. Daß umgekehrt nicht jede Schutzzollpolitik durch den Verweis auf List gerechtfertigt werden kann, sondern eben nur diejenige, die zur Entwicklung der produktiven Kräfte beiträgt, ist leicht zu belegen.

4. Was würde man heute unter den produktiven Kräften einer Volkswirtschaft verstehen? Versuchen wir, uns ihrer Definition auf einem Umweg zu nähern, und fragen wir einen modernen Volkswirt

nach den Ursachen für die Wohlstandsunterschiede in der Welt. Als Antwort dürfte er auf die unterschiedliche Ausstattung der Volkswirtschaft mit Ressourcen hinweisen. Nach einer auf die englischen Klassiker zurückgehenden Tradition wird er möglicherweise erwähnen, daß die Ausstattung mit produzierten Produktionsmitteln (oder „Kapital“) und Bodenschätzen verschieden ist und daß die Fähigkeiten der Arbeitskräfte verschieden ausgebildet sind. Außerdem wird er vielleicht noch hinzufügen, daß das technische und organisatorische Wissen in verschiedenen Ländern der Erde verschieden ist und daß außerdem auch die Menschen unterschiedliche Ansichten darüber haben, was produziert und konsumiert werden soll. Wird beispielsweise die Arbeitsleistung einer bestimmten Art gering geschätzt, so werden Güter, die nur mit Hilfe dieser Leistungen produziert werden können, relativ teuer sein.

Diese Liste wird abgeschlossen werden mit einem Hinweis auf die rechtliche und soziale Ordnung in der fraglichen Volkswirtschaft, und je nach Temperament und Weltanschauung des Befragten wird dieses Datum mehr oder weniger stark betont werden, besonders dann, wenn die konkrete Volkswirtschaft, die möglicherweise Gegenstand des Gesprächs bildet, eine rechtliche und soziale Ordnung aufweist, die den Vorstellungen des Redenden nicht entspricht.

Zusammengefaßt: Ursachen für den Wohlstand einer Volkswirtschaft sind also die Ausstattung an Produktionsfaktoren, das technische Wissen und die Bedürfnisstruktur sowie die herrschende rechtliche und soziale Ordnung. Dies sind die gesamtwirtschaftlichen „Daten“ *Euckens*, die nach seiner Ansicht nicht mehr Gegenstand wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und damit erst recht nicht wirtschaftspolitischer Beeinflussung sein sollten. Er erkennt, daß Lists produktive Kräfte seine „Daten“ umfassen und schreibt dazu:

„Was *Friedrich List* ‚Produktive Kräfte‘ nennt, sind Daten, die er allerdings anders und ausführlicher bezeichnet. ‚Kaum ist ein Gesetz oder eine öffentliche Einrichtung denkbar, wodurch nicht auf die Vermehrung oder Verminderung der produktiven Kraft ein größerer oder geringerer Einfluß geübt würde.‘ Wir würden sagen: Wodurch nicht ein Datum geändert würde. — Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß es also sein, daß diese ‚produktiven Kräfte geweckt und gepflegt werden‘.“

„Bis dahin hatte *List* recht. Aber er irrt, wenn er eine ‚Theorie‘ der produktiven Kräfte forderte, die er neben die Theorie der Werte stellen wollte. Unter einer Theorie der produktiven Kräfte verstand er eine Theorie, welche das Zustandekommen konkreter Daten erklären soll. — Jeder Versuch zu ihrer Schaffung muß scheitern, da die Bildung konkreter Daten nur dem geschichtlich-individuellen Ver-

stehen erkennbar ist: Etwa die Frage, warum Deutschland heute eine bestimmte Bevölkerung von bestimmten Fähigkeiten und Bildungsgrad hat oder warum eine bestimmte soziale und rechtliche Ordnung da ist“ ([2], S. 26).

Bei der Beurteilung dieser Ansicht *Euckens* gehen wir davon aus, daß die Abgrenzung einer Wissenschaft von einer anderen eine Konvention ist. Der Vorteil der engen, von *Eucken* gegebenen Abgrenzung der Nationalökonomie liegt in der Möglichkeit der Beschränkung auf wenige, grundsätzliche Fragen, etwa auf die von *Eucken* aufgeworfene Frage nach der Wirtschaftsordnung. Andererseits ist der Nachteil dieser Beschränkung offenkundig: Allenfalls die Auswirkungen von Änderungen der „Daten“, nicht aber ihre Beeinflussung und die damit zusammenhängenden Gesetzmäßigkeiten können von der Nationalökonomie untersucht werden. Da nun aber die „Daten“ bewußt verändert werden sollen, um das Ergebnis des Wirtschaftsablaufes zu verändern, kann ihre Analyse nicht allein Nichtökonomem überlassen bleiben. So gesehen ist die Politik der Datenänderung Wirtschaftspolitik, und mindestens die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Folgen dieser Änderungen müssen auch von Ökonomen untersucht werden.

Man könnte nun meinen, es sei doch gleichgültig, welche Wissenschaft sich mit bestimmten Fragestellungen beschäftigt, solange sie überhaupt aufgeworfen werden. Obwohl dieser Aussage zuzustimmen ist, muß man doch darauf verweisen, daß sozusagen die Nahtstellen der Wissenschaften besonders schlecht zu fahren scheinen, wobei sich dies sehr zum Nachteil unserer Kenntnis und Beherrschung der Vorgänge in der Realität auswirken kann. Hierzu ein Beispiel: Die Kapitaltheorie ist seit jeher ein legitimes Kind der Wirtschaftstheorie. Während aber die Anhäufung materieller produzierter Produktionsmittel lange Zeit allein Gegenstand der Untersuchung war, hat man die Bildung immateriellen Kapitals, etwa die Ausbildung des Menschen, lange vernachlässigt. Erst als offensichtlich wurde, daß Entwicklungspolitik eben nicht nur in der Anhäufung materieller produzierter Produktionsmittel besteht, hat sich die Wirtschaftstheorie auch der Untersuchung der Ausbildungsinvestitionen zugewandt (vgl. [10]).

Hält man übrigens nur die Förderung aller das Wachstum beeinflussenden produktiven Kräfte für eine sinnvolle Entwicklungspolitik, so wird manchem diese Erweiterung noch zu eng sein. Denn nur ein Teil der Wirkungen von Erziehungsausgaben lassen sich in Erträge umrechnen, denen ein bestimmter Geldwert zugeschrieben werden kann und die allein mit den Ausgaben vergleichbar sind, wenn die „Rendite“ dieser Investitionen berechnet wird (vgl. [7], S. 168).

5. Die „Daten“ oder produktiven Kräfte müssen also mindestens insofern von der Wirtschaftstheorie untersucht werden, als ihre Veränderung wirtschaftliche Leistungen erfordert und die Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung schafft. Wirtschaftliche Probleme im engeren Sinn des Wortes werden von nichtwirtschaftlichen Phänomenen verursacht, und umgekehrt gibt es wirtschaftliche Vorgänge, die Auswirkungen im nichtwirtschaftlichen Bereich haben. Zwei Folgerungen hieraus scheinen mir wesentlich zu sein:

Erstens ist es nicht möglich, das Entwicklungsproblem dadurch zu lösen, daß man es mit den Begriffspaaren Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft angeht. Dies ist auch nicht verwunderlich. Denn selbst *Eucken*, der glaubte, die Steuerung aller in der Geschichte bekannten Volkswirtschaften auf eine Mischung dieser beiden Lenkungsprinzipien zurückführen zu können, ging von gegebenen „Daten“ aus. Ist aber schon die Zweckmäßigkeit dieses Ansatzes fragwürdig (zu einer Kritik vgl. [4], S. 110 ff.), so wird er vollends problematisch, wenn diese Daten verändert werden sollen.

Ähnliches gilt für das marxistische Begriffspaar Kapitalismus und Sozialismus. Wie das Beispiel derjenigen Volkswirtschaften zeigt, die innerhalb der letzten Jahre das Etikett gewechselt haben und zum Sozialismus übergegangen sind, ist es dadurch nicht zu einer kohärenten und alle wesentlichen Aspekte erfassenden Entwicklungspolitik gekommen. Sinnvolle, die wirtschaftliche Entwicklung fördernde Maßnahmen wurden von unsinnigen und nur ideologisch zu begründenden Eingriffen begleitet. (Vgl. hierzu etwa die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Kubas in den letzten zehn Jahren bei Furtado, [3], S. 231 ff.)

Zweitens ist der durch die bisherige Selbstbeschränkung der Nationalökonomie erklärliche Versuch, aus den produktiven Kräften die eine oder andere „Kraft“ auszuwählen und ihre Förderung zu empfehlen (z. B. Ausbildungsinvestitionen), mindestens fragwürdig, wenn nicht gar im allgemeinen zum Scheitern verurteilt. Denn man muß wohl davon ausgehen, daß zwischen diesen „Kräften“ weitgehend limitationale Beziehungen bestehen.

Fördert man also nicht alle Engpaßfaktoren gleichzeitig, und zwar so, daß die Entwicklung keiner dieser Faktoren zurückbleibt und damit den weiteren Fortschritt hemmt, so muß das Wachstum zurückgehen oder gar aufhören. Ein Beispiel dafür, wie wichtig die Auswahl des die Entwicklung hemmenden Engpaßfaktors sein kann, zeigt die Geschichte Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Errichtung der Sozialen Marktwirtschaft und die Schaffung von Anreizen zur Kapitalbildung sorgten für ein rapides Wachstum. Will man heute

die sinkende Wachstumsrate der westdeutschen Volkswirtschaft wieder erhöhen, so wäre es nicht mehr nach dem gleichen Rezept möglich — die Engpaßfaktoren haben sich gewandelt (vgl. hierzu [8], S. 565).

6. Um an einem empirischen Beispiel zu verdeutlichen, in welchem Sinn man die Entwicklung der produktiven Kräfte als Aufgabe der Wirtschaftspolitik verstehen kann, seien die Verhältnisse in der Republik Kolumbien betrachtet.

Sie weist alle wichtigen Merkmale eines unterentwickelten Landes auf: ein verhältnismäßig geringes Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Bevölkerung (etwa 350 US-Dollar), ein großer Teil der Wertschöpfung in der Landwirtschaft (etwa 33 %), eine ungleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung (das reichste Zehntel der Bevölkerung erhält mindestens 50 % des Einkommens), starke Abhängigkeit der Exporterlöse von der Ausfuhr nur eines Gutes (der Kaffeexport bringt etwa 60 % der Exporterlöse), eine starke Reglementierung der Importe durch Lizenzen und Zölle und eine Inflationsrate von fast 10 % im Jahr.

Für die Ordnungspolitik ist von Bedeutung, daß zumindest *ein* wichtiger Preis in diesem Land seine Funktion nicht erfüllen kann: Der Lohnsatz für ungelernte Arbeit ist nicht nur ein Preis, also Knappheitsindikator, sondern auch ein wesentliches Einkommenselement, kann also nicht beliebig tief sinken. Das hat bei der sehr großen Wachstumsrate der Bevölkerung zur Folge, daß auf dem Land ebenso wie in den schnell wachsenden Städten die Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch ist. Während sich dort eine Arbeitslosenquote schwer bestimmen läßt und man sogar die Zweckmäßigkeit dieses Begriffes in Frage stellen kann, dürfte sie in den Städten etwa ein Fünftel des Arbeitspotentials betragen. Außerdem sind weitere fünf Prozent unterbeschäftigt, arbeiten also in der Woche weniger als 32 Stunden und dürften damit nicht genug verdienen, um sich am Leben zu erhalten. Eine Mobilisierung der produktiven Kräfte in Kolumbien bedeutet also in erster Linie, daß Bedingungen geschaffen werden müssen, die eine möglichst rasche Absorption der Arbeitskräfte gestattet, zumal eine Senkung der sehr hohen Geburtenrate von 4 % schwierig ist.

Auch dürfte das hohe Bevölkerungswachstum dazu beitragen, daß Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt sind. Bei Knappheit der Arbeitskraft kann selbst eine recht ungleiche Vermögensverteilung mit einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung vereinbar sein.

Zweifellos kann das Arbeitskräftepotential Kolumbiens nur dann produktiv absorbiert werden, wenn das Land industrialisiert wird. Jedoch dürfte es kaum möglich sein, diese Industrialisierung so schnell voranzutreiben, daß kurzfristig die Arbeitslosigkeit abgebaut werden

kann. Selbst diejenige Variante, die die meisten Arbeitsplätze in der Industrie schafft, hätte im vorigen Jahr nur etwa die Hälfte der Zunahme des Arbeitspotentials in diesem Zeitraum beschäftigen können. Kurzfristig müßte also mindestens ein Teil des Zuwachses an Arbeitskräften in der Landwirtschaft beschäftigt werden. Dies wiederum scheint nur dann möglich zu sein, wenn die Bodenreform bedeutend stärker forciert wird als bisher.

Hier hört man häufig den Einwand, daß dieses zur Zerstörung „wirtschaftlicher“ Betriebe führt. Abgesehen davon, daß die Deutung des Wortes „wirtschaftlich“ in diesem Zusammenhang nicht mehr so einfach ist, da eben das Preissystem nicht völlig beweglich ist, braucht dies nicht der Fall sein. Schon der oberflächliche Beobachter erkennt, daß die Nutzung des Bodens im Sinne einer weiteren Entfaltung der produktiven Kräfte verbessert werden kann. So findet man häufig in der Nähe der Städte große Flächen, die als Weideland, also zur Zucht von Fleischvieh, genutzt werden. Die intensivere Nutzung des Bodens, etwa die Zucht von Milchvieh oder der Gartenbau, wäre wirtschaftlicher, da man so die Grundrente steigern könnte. Bei hinreichend hohem Einkommen kann aber der Grundeigentümer auf diese erhöhte Grundrente verzichten, zumal dann, wenn der Besitz von Vieh ein Statussymbol ist und sozusagen ein immaterielles Einkommen abwirft.

Wenn auch in diesen beiden Fällen der Marktmechanismus nicht funktioniert und wenn deswegen die staatliche Wirtschaftspolitik zur Mobilisierung der produktiven Kräfte zu Maßnahmen greifen muß, die in einer entwickelten Volkswirtschaft nicht üblich wären, so dürfte die zweckmäßige Förderung dieser „Kräfte“ nur im Rahmen einer prinzipiell marktwirtschaftlichen Ordnung sinnvoll sein. Jedenfalls sollte man diese Möglichkeit nicht von der Hand weisen, solange man auch das Funktionieren des Preismechanismus durch administrative Fesseln in unsinniger Weise hemmt. So führt die forcierte Politik des niedrigen Zinses zu einer Fehlleitung von Kapital und zum Ausbau kapitalintensiver Produktionsprozesse dort, wo man wegen des relativen Überflusses an ungelernter Arbeitskraft besser arbeitsintensive Produktionsprozesse einführen sollte. Ideologisch wird die Politik des niedrigen Zinsniveaus dadurch gerechtfertigt, daß die Nichtarbeitseinkommen beschnitten werden sollen. In Wirklichkeit führt sie jedoch zu einer Umverteilung des Einkommens, die die Ungleichheit noch verschärft, da gerade die Bezieher hoher Einkommen in den Genuß verbilligter Kredite kommen. Die Habenzinsen für Spareinlagen (4 %) sind dagegen nur etwa halb so groß wie die Inflationsrate.

Ähnlich führt auch die Überbewertung des Peso, die trotz des gleitenden Wechselkurses besteht, ebenso wie die verständliche Tendenz

der Bürokratie, Einfuhrlizenzen vor allem an verhältnismäßig große Firmen zu vergeben, zu einer Bevorzugung kapitalintensiver Produktionsprozesse. Außerdem kann sich wegen dieser Lizenzierung der Importeur eine Knappheitsrente verschaffen, die die Einkommensverteilung weiterhin ungünstig beeinflusst.

Trotzdem dürfte eine gewisse Abkehr von der marktwirtschaftlichen Ordnung im Außenhandel zweckmäßig sein. Dabei dürften Subventionen und Zölle bessere Handelshemmnisse darstellen als Lizenzen, es sei denn, die letzteren würden auktioniert. Hier gelten Lists Argumente für Erziehungszölle. Zweckmäßig ist auch die Bildung einer Freihandelszone oder eines Gemeinsamen Marktes mit etwa gleich mächtigen Teilnehmern. Kolumbien bildet daher auch mit Ekuador, Peru, Bolivien und Chile die sog. Andengruppe, die zu einem gemeinsamen Markt ausgebaut werden soll.

Nur der Vollständigkeit halber seien die vielfältigen Aufgaben erwähnt, die die Steuer- und Ausgabenpolitik des Staates bei der Mobilisierung der produktiven Kräfte hat. Bildungs- und Infrastrukturausgaben dürften hierbei am dringendsten sein. Neben der Bodenreform ist die Erweiterung und Verbesserung der Ausbildung in der Grundschule am ehesten geeignet, für eine größere Produktivität der Arbeit und ein höheres Einkommen der Armen zu sorgen. Daß hierbei produktive Kräfte oder „Daten“ verändert werden, haben wir oben bereits ausgeführt. Und man wird die Bevölkerungspolitik, die auf eine Verminderung des rapiden Zuwachses abzielt, ebenfalls zu dieser Kategorie von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zählen müssen.

7. List forderte, eine *Theorie* der produktiven Kräfte der Theorie der Werte entgegenzusetzen. Es bleibt zu fragen, inwieweit es überhaupt möglich ist, eine solche Theorie zu schaffen, welchen Bereich sie umfassen und ob es gerade Aufgabe der Nationalökonomie sein sollte, sie zu entwickeln. Als konkrete Beispiele seien die Agrarreform und die Bildungspolitik gewählt, die wir im Fall Kolumbiens für die vielleicht wichtigsten Bereiche halten, in denen „Daten“ verändert werden müssen, um eine sinnvolle Entwicklungspolitik zu betreiben.

Eucken verneint die Frage, ob es überhaupt eine Theorie der produktiven Kräfte geben kann, mit der Bemerkung, nur dem „geschichtlich-individuellen Verstehen“ sei die „Bildung konkreter Daten erkennbar“. Allerdings schließt er sich in dem oben wiedergegebenen Zitat der Auffassung Lists an, Aufgabe der Wirtschaftspolitik könne es sein, konkrete Daten zu verändern. So wäre etwa nach *Eucken* eine Theorie der Agrarverfassung Kolumbiens unmöglich, da sie einmalig und nur aus der historischen Entwicklung zu verstehen ist. Dem steht

nicht entgegen, daß es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein kann, dieses „Datum“ zu verändern.

Ebensowenig wie eine Theorie der „Daten“ gibt es übrigens nach *Eucken* eine Theorie des Konjunkturzyklus, denn „jede Konjunkturbewegung ist individuell“ (vgl. [2], S. 182). Tatsächlich scheint auch die Anzahl der Publikationen, die sich mit einer umfassenden Theorie des Konjunkturzyklus beschäftigen, in den letzten beiden Jahrzehnten zurückgegangen zu sein. Dies bedeutet aber wohl nicht, daß man diesen Gegenstand einer theoretischen Untersuchung für prinzipiell unzulänglich hält. Vielmehr dürfte es leichter und auch wirtschaftspolitisch bedeutsamer sein, Teilaspekte des Gegenstandes zu erforschen.

Ähnlich mag es mit einer Theorie der produktiven Kräfte bestellt sein, deren Teilgebiete zu schwierig für eine umfassende Theorie sein mögen. Vielleicht ist mitunter aber auch das Gegenteil der Fall, und man hält eine Beschreibung für ausreichend. Eine Theorie der Agrarverfassung Kolumbiens würde dann unnötig erscheinen, wenn man die Beschreibung ihrer Entstehung ohne weitere „Theorie“ für verständlich hält. Dies ist jedoch ein subjektives Urteil. Will man nämlich diese Verfassung ändern, so muß man sich überlegen, welche Wirkungen bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen haben, und die Notwendigkeit einer Theorie der Zusammenhänge wird deutlich. Dies erkennt man auch dann, wenn das historisch Gewordene sich nicht nach so einleuchtenden Regeln entwickelt hat. So wäre es ohne eine theoretische Fundierung kaum möglich, die Bodenreform nach der mexikanischen Revolution zu untersuchen. Ob sie ein Fehlschlag war oder nicht, welches die Gründe dafür waren, daß manche Ziele nicht erreicht wurden, ob sie nicht schneller durchgesetzt werden konnte, als es tatsächlich geschah, sind Fragen, die man nur mit Hilfe einer Theorie beantworten kann.

Sicherlich ist der Bereich einer Theorie der einen oder anderen produktiven Kraft von der Aufgabe abhängig, die man in der Wirklichkeit lösen muß. Wird die Bildungspolitik in einem unterentwickelten Land durch das Ziel motiviert, die Einkommensunterschiede zu verringern, so muß untersucht werden, wie das Ausbildungssystem dementsprechend umgestaltet werden kann. Wahrscheinlich kann man mehrere Alternativen aufzeigen, die die gewünschte Wirkung haben. Dann muß entschieden werden, welche der übrigen Charakteristika noch berücksichtigt werden sollen, und schließlich sind die nötigen Ausgaben gegen Ausgaben für andere Zwecke abzuwägen. Dazu ist eine Theorie nötig, die die üblicherweise angestellten Kosten- und Ertragskalkulationen von „Investitionen im Menschen“ überschreiten müßte. Konkret hätte man einen Bildungsplan aufzustellen, der sowohl die Ausgaben als auch ihre Wirkungen darstellt. Der Zusammenhang zwischen Aufwen-

dungen und Erträgen müßte durch eine Theorie dargestellt werden, die eben eine Theorie dieser produktiven Kraft ist. Der Einwand, hier würde der Ökonom seine Kompetenz überschreiten, ist nicht stichhaltig, da der Gegenstand seiner Wissenschaft und damit auch seine Ausbildung nicht unveränderlich festgelegt sind.

In der Ökonometrie ist es üblich, die in einem Modell auftretenden Variablen in endogene und exogene zu unterteilen. Auch diese Einteilung ist willkürlich und besonders durch die Fragestellung, aber auch die Willkür des Forschers und die Verfügbarkeit der Daten bedingt. Es ist aber durchaus denkbar, daß zusätzliche Informationen es gestatten, zunächst als exogen aufgefaßte Variable in endogene zu verwandeln.

Man kann sich ebenso vorstellen, daß auch in der Wirtschaftstheorie Variable oder Zusammenhänge, die zunächst als exogene Faktoren angesehen wurden, durch eine Erweiterung der Theorie zu endogenen werden. Lists Forderung nach einer Theorie der produktiven Kräfte ist als Forderung nach einer solchen Erweiterung zu verstehen. Ohne eine Beeinflussung der produktiven Kräfte, die theoretisch begründet sein muß, gibt es auch heute keine umfassend fundierte Entwicklungspolitik.

Literaturverzeichnis

- [1] Carl Brinkmann: Friedrich List. Berlin und München 1949.
- [2] Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 6. Aufl. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1950.
- [3] Celso Furtado: Economic Development of Latin America. A Survey from Colonial Times to the Cuban Revolution. Cambridge 1970.
- [4] Nicholas Georgescu-Roegen: Analytical Economics. Issues and Problems. Cambridge, Mass. 1966.
- [5] Friedrich List: Das nationale System der politischen Ökonomie. Im Auftrag der List Gesellschaft hrsg. und eingeleitet von Artur Sommer. Basel und Tübingen 1959.
- [6] August Lösch: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. 2. Aufl. Jena 1944.
- [7] Gunnar Myrdal: Politisches Manifest über die Armut in der Welt. Frankfurt 1970.
- [8] Prognos AG (Hrsg.): Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums. Mainz. Band II, 1970.
- [9] Adam Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Edited by Edwin Cannan; with an introduction by Max Lerner. New York 1937.
- [10] Hans-Jürgen Vosgerau: Über Kosten und Erträge von Ausbildungsinvestitionen. Kyklos, Vol. XVIII (1965), S. 434 ff.

Summary

The Notion of “Productive Forces” in the Works of Friedrich List and the Present Development Problem

In his principal work “The National System of Political Economy” List argues that the principal aim of development policy ought to be the development of “productive forces”. These are understood to be the causes of wealth in the widest sense of the word. According to List, their discussion by the classical economists is at least inadequate.

In the present paper, it is argued that a similar inadequacy is characteristic for many present views of the problem of underdevelopment. This, in turn, is caused by a rather narrow definition of the subject matter of economics as, for example, by Walter Eucken.